Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

31.01.2015 Nr. 72

Inhalt:

Umbaumaßnahmen an Verkehrsknotenpunkten	S. 01	Rücknahme der Kürzungen für Kultur	S. 02
Machtkampf in der CDU-Fraktion	S. 01	Informationsbesuch bei der Polizei	S. 03
Spielrecht für FC Germania	S. 02	Für hauptamtliche Frauenbeauftragte	S. 04
		Haushaltskonsolidierung	S. 04

August 2004

Umbaumaßnahmen an Verkehrsknotenpunkten

Die Fraktion der SPD begrüßte die Umbauarbeiten an der Kreuzung Flachsmeerstraße-Mittelkanal. Auch das Konzept, den Engpass bei der Straße „Am Stadtpark“ vor der Post zu beheben, unterstützte die SPD. Damit würde der Verkehr in Papenburg flüssiger. Aber sie war darüber verärgert, dass die Verkehrskommission die Forderung ablehnte, eine zusätzliche Abbiegespur von der Moorstraße in die Friederikenstraße zu schaffen.

Der Verkehrsknotenpunkt Flachsmeerstraße-Mittelkanal wurde neu gestaltet. Zur Verbesserungdes Verkehrsflusses plante der Landkreis Emsland eine Ausweitung der Fahrspuren, um besonders den Rechtsabbiegern aus der Flachsmeerstraße in den Mittelkanal rechts eine zügige Abfahrt zu ermöglichen und den Verkehrsfluss zu beschleunigen.

Endlich gäbe es auch mit dem Bau des Kreisel am Osterkanal einen Einstieg in die Nordtangente. Nachdem das Straßenbauprojekt Verbindungsstraße zwischen Flachsmeerstraße und Osterkanal in das Landesbauprogramm 2003 aufgenommen werden konnte, erwartete die SPD eine möglichst schnelle Realisierung der Nordtangente. Ein Beschluss der alten Landesregierung sah vor, das Vorhaben mit 2.107.500 Euro zu bezuschussen.

Ebenfalls sollte künftig die gesamte Straße „Am Stadtpark“ direkt vom Kreisel bis zur Ampelkreuzung „Friederikenstraße“ zweispurig geführt werden. Die SPD versprach sich dadurch weniger Stau vor der Ampel.

Auf Unverständnis stieß bei der SPD die Ablehnung der Verkehrskommission, eine zusätzliche Abbiegespur bei der Kreuzung Moorstraße/Friederikenstraße zu bauen. An dieser Stelle staute sich der Verkehr unnötigerweise, weil keine Abbiegespur gebaut wurde, obwohl ausreichend Platz dafür vorhanden war. Die Begründung, es handelte sich dabei dort um keinen Unfallschwerpunkt, traf nach Meinung der SPD auch für die jetzt begonnenen oder geplanten Straßenbaumaßnahmen zu.

September 2004

Machtkampf in der CDU-Ratsfraktion

SPD und GRÜNE bedauerten den Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden der CDU. Verbunden damit gab es eine Reihe von Fragen. Wer waren die Drahtzieher des Sturzes von Carsten Schüler? Brachen die alten Lager in der CDU-Fraktion wieder auf? Wurde der Fraktionsvorsitzende auf dem Altar der Eigeninteressen geopfert? Wer würde zukünftig die Geschicke der Mehrheitsfraktion leiten?

Nachdem in den vergangenen Monaten deutlich wurde, dass viele Ratsentscheidungen in der Bevölkerung für Missstimmung sorgten, weil sie von persönlichen Interessen einzelner CDU-Ratsmitglieder geprägt waren, wurde im Vorfeld der Kommunalwahl 2006 die Zerstrittenheit der Mehrheitsfraktion deutlich. Statt das Gesamtwohl der Stadt im Auge zu haben, standen Einzelinteressen und parteipolitisches Taktieren im Vordergrund. Waren es die Entscheidungen zugunsten der Müllverwertung von Ratsherr Abeln in Aschendorf oder gegen die Spielrechte von Germania 95 im Waldstadion, für ein Tanzlokal am Obenende sowie einzelne nachträgliche Baugenehmigungen; immer häufiger waren die Entscheidungen durch persönliche Interessen gekennzeichnet. Damit wurde die Politik in Papenburg immer unberechenbarer.

Jetzt schien in der CDU der Machtkampf um die Nachfolge von Ulli Nehe voll entbrannt zu sein. Fast zwei Jahre vor der Kommunalwahl beschäftigte sich die CDU lieber mit sich selbst statt mit den Problemen der Bürger. Mit dem Sturz ihres Fraktionsvorsitzenden bewies die Papenburger CDU mangelnde Verlässlichkeit bei den Entscheidungen für die Zukunft Papenburgs.

Was würde den Bürgern angesichts dieses Machtkampfs noch alles bevorstehen? Mit einem Bürgermeister auf Abruf, der in der Fraktion nicht verankert war, und Ratsherren die bei ihren Entscheidungen schon jetzt nur noch die Kommunalwahl in zwei Jahren im Blick hatten, konnte es keine kontinuierliche Politik zugunsten von Papenburg geben. SPD und GRÜNE forderten die CDU auf, zu einer sachorientierten Ratspolitik im Interesse Papenburgs zurück zu kehren.

Gegner bedauern Schüler-Abgang

KOMMUNALPOLITK SPD und Grüne kritisieren massiv die CDU-Mehrheitsfraktion

Die Opposition im Papenburger Stadtrat meint, bei den Christdemokraten tobe ein Kampf um Macht und Eigeninteressen. Sie fragt: Brechen alte Lager auf?

PAPENBURG /RA - Die Papenburger Stadtratsfraktion von SPD und Grünen bedauert den Rücktritt des CDU-Fraktionsvorsitzenden Carsten Schüler (der GA berichtete gestern). Es stelle sich jetzt unter anderem die Frage, wer die Drahtzieher dieses Rücktritts gewesen seien, meint die rot-grüne Fraktion. Deren Sprecher Peter Raske (SPD)betont: Es müsse hinterfragt werden, ob die alten Lager in der Papenburger CDU-Fraktion wieder aufbrechen und der Fraktionsvorsitzende Carsten Schüler auf dem Altar der Eigeninteressen geopfert worden sei. Nachdem in den vergangenen Monaten deutlich geworden sei, dass viele Ratsentscheidungen in der Bevölkerung für Missstimmung gesorgt hätten, weil sie von persönlichen Interessen einzelner CDU-Ratsmitglieder geprägt gewesen seien, werde jetzt im Vorfeld der Kommunalwahl 2006 die Zerstrittenheit der CDU-Mehrheitsfraktion deutlich. Anstatt das Gesamtwohl der Stadt im Auge zu haben, stünden Einzelinteressen und parteipolitische Taktiererei im Vordergrund, beklagt Raske.

Vom Fraktionsvorsitz zurückgetreten: Carsten Schüler (CDU).

Als Beispiele nennt er die Entscheidungen zugunsten der Müllverwertung des Aschendorfer CDU-Ratsherrn Abeln und gegen die Spielrechte von Germania 95 im Waldstadion sowie für ein Tanzlokal am Obenende und einzelne nachträgliche Baugenehmigungen. Raske: „Die Politik in Papenburg ist immer unberechenbarer geworden."

Jetzt scheine innerhalb der Papenburger CDU der Machtkampf um die Nachfolge von Bürgermeister Ulrich Nehe voll entbrannt zu sein. Fast zwei Jahre vor der Kommunalwahl beschäftigten sich die Christdemokraten lieber mit sich selbst als mit den Problemen der Bürger.

Mit dem Sturz ihres Fraktionsvorsitzenden Carsten Schüler beweist die Papenburger CDU nach Auffassung der rot-grünen Ratsopposition mangelnde Verlässlichkeit bei den Entscheidungen für die Zukunft Papenburgs.

Die Fraktionsmitglieder von SPD und Grünen fragten sich, was den Bürgern von Papenburg angesichts dieses Machtkampfs in den kommenden Monaten noch alles bevorstehe. Mit einem Bürgermeister auf Abruf, der in der Fraktion nicht verankert sei, und Ratsherren die bei ihren Entscheidungen schon jetzt nur noch die Kommunalwahl in zwei Jahren im Blick hätten, könne es keine kontinuierliche Politik zugunsten von Papenburg geben.

Peter Raske: „SPD und Grüne fordern die CDU auf, zu einer sachorientierten Ratspolitik im Interesse Papenburgs zurück zu kehren.

General Anzeiger 16.09.2004

Spielrecht von FC Germania im Waldstadion

Angesichts eines Bürgerbegehrens stand der Bürgermeister in der Pflicht, beim Spielrecht im Waldstadion zu vermitteln.

SPD und GRÜNE unterstützten das Bürgerbegehren für das Spielrecht von FC Germania im Waldstadion. Sie sprachen sich für eine grundsätzliche Gleichbehandlung der Vereine SC Blau-Weiß 94 Papenburg und FC Germania beim Spielbetrieb aus. Sie war aber der Meinung, ein Bürgerbegehren schwäche die politische Autorität des Stadtrates.

Nach dem deutsch-holländischem Freundschaftsspiel von FC Germania im Waldstadion schien bei der Mehrheitsfraktion ein Umdenken einzusetzen. SPD und GRÜNE begrüßten, dass sich jetzt offenbar führende Köpfe in der CDU für einen gemeinsamen Spielbetrieb einsetzten.

Für die SPD war der Aufruf zum Bürgerbegehren ein deutliches Zeichen, dass Interessen der Bevölkerung vom Rat bzw. der Mehrheitsfraktion nicht ausreichend gewürdigt wurden. Das Bürgerbegehren war ein Zeichen dafür, dass sich breite Bevölkerungskreise durch die Entscheidungen des Stadtrates nicht ausreichend vertreten fühlten. Wenn im Rat vernünftige Beschlüsse getroffen würden, wäre ein Bürgerbegehren überflüssig, so Ratsherr Wilhelm Kröger. Sollte jetzt die Einsicht bei der CDU einkehren, den Wünschen FC Germania Rechnung zu tragen, wäre ein Volksbegehren überflüssig.

Deshalb appelliert Fraktionsvorsitzender Hartmut Bugiel an Bürgermeister Nehe, er sollte endlich sein Wahlversprechen einlösen, zwischen den Vereinen zu vermitteln und die Mehrheitsfraktion zu sachlichen Entscheidungsprozessen bewegen.

Rücknahme der Kürzungen für Kultur

Beim Kulturhaushalt war es für SPD und Grüne ein Zeichen unverantwortlicher Politik der CDU, wie sie mit der Malschule Zinnober und der Ems-Vechte-Welle umging.

Trotz der angespannten Haushaltslage sprachen sie sich für eine verstärkte Förderung der Kunstschule Zinnober aus. Sie vermittelte neben kultureller Bildung immer auch ein Stück Sozialarbeit. Augenwischerei war die Empfehlung der Stadt für die Einwerbung 29.500 Euro für Projektmittel des Landes. Diese 29.500 Euro waren keine Zuschüsse der Stadt, wie die Ems-Zeitung berichtete. Sondern gnädiger Weise erlaubte die Stadt Zinnober, Mittel in Höhe dieser Summe einzuwerben, damit Projektmittel gegen-finanziert werden konnten. Statt sich öffentlichkeitswirksam bei den Veranstaltungen der Malschule in Szene zu setzen, sollten die CDU-Ratsmitglieder für eine solide finanzielle Grundversorgung im städtischen Haushalt sorgen.

Die SPD-Fraktion begrüßte, dass der Bürgermeister statt Geburtstagsgeschenken um Mittel für die Malschule bat. Aber auf Dauer ließe sich eine solche Einrichtung nicht durch Spenden und Gebühren erhalten.

Bei der Ems-Vechte-Welle führte die Streichung des Zuschusses der Stadt dazu, dass nur durch das Einspringen der Gemeinde Werlte der Erhalt des Senders gesichert werden konnte. Trotz gegenteiliger Behauptungen verringerte sich die Betreuung des Studios in Papenburg auch bei einer Reduzierung des Zuschusses auf 18.500 Euro. Bei diesem Modell wäre zu befürchten, dass durch mangelnde Betreuung die Technik nicht mehr zuverlässig bereit steht. Damit wäre der Sendebetrieb dann aus Papenburg auch gefährdet. Aber die CDU wollte ja gar keine Mittel bereitstellen. Wahrscheinlich war ihr das Bürgerradio ein Dorn im Auge. Denn die Ems-Vechte-Welle könnte ja mündige Bürger fördern, die den Unsinn der Sparbeschlüsse der CDU durchschauen.

Falls die Einsparungen beim Heimatverein teilweise zurück genommen werden sollten, wie von einigen Vereinsmitgliedern berichtet wurde, sollte die CDU den Mut beweisen, endlich ganz von ihren kahlschlagartigen Kürzungen abzurücken, und der Kultur in Papenburg wieder langfristige Planungssicherheit durch eine angemessene Kulturförderung zu garantieren.

„Es wird mit gezinkten Karten argumentiert“

Betrifft: Finanzsituation der Stadt („Papenburg hat kein Geld für die Ems-Vechte-Welle“, EZ vom 11. 9.).

„Bei ihren Beschlussvorlagen für die Kulturförderung versteht es die Stadt, etwas vorzutäuschen, dass anscheinend weder manche Ratsmitglieder noch die Presseberichterstatter richtig verstehen. Bestes Beispiel ist die Förderung der Malschule Zinnober.

Als Augenwischerei muss die Empfehlung der Stadt für die Einwerbung von 29 500 Euro bezeichnet werden. Diese 29 500 Euro sind keine Zuschüsse der Stadt, wie die EZ berichtet, sondern gnädigerweise erlaubt die Stadt Zinnober, Mittel in Höhe dieser Summe einzuwerben, damit Projektmittel gegenfinanziert werden können. Statt öffentlichkeitswirksam bei den Veranstaltungen der Malschule zu posieren, sollten die CDU-Ratsmitglieder besser für eine solide finanzielle Grundversorgung im Haushalt sorgen.

Zu begrüßen ist, dass der Bürgermeister anstatt Geburtstagsgeschenken um Mittel für die Malschule bittet. Aber auf Dauer lässt sich eine solche Einrichtung nicht durch Spenden und Gebühren erhalten. Auch bei der Finanzierung der Ems-Vechte-Welle wird mit gezinkten Karten argumentiert. Nur durch das Einspringen der Gemeinde Werlte konnte der Sender überhaupt gerettet werden. Trotz gegenteiliger Behauptungen verringert sich die Betreuung des Studios in Papenburg auch bei einer Reduzierung des Zuschusses auf 18 500 Euro.

Bei diesem Modell wäre zu befürchten, dass durch mangelnde Betreuung die Technik nicht mehr zuverlässig bereitsteht. Damit wäre der Sendebetrieb dann aus Papenburg auch gefährdet. Aber die CDU will ja gar keine Mittel bereitstellen. Wahrscheinlich ist ihr das Bürgerradio ein Dorn im Auge. Denn die Ems-Vechte-Welle könnte ja mündige Bürger fördern, die den Unsinn der Sparbeschlüsse der CDU durchschauen.“

Peter Raske
Am Kamp 31
Papenburg

Ems-Zeitung 23.09.2004

Informationsbesuch bei der Polizei

Über die Auswirkungen der geplanten Polizeireform ließen sich SPD und GRÜNE informieren. Angesprochen wurden auch Auffälligkeiten bei den Veranstaltungen zum 1. Mai und beim Augustmarkt sowie die notwendige Gebäudesanierung des Polizeigebäudes. Thomas Weber, Leiter der Polizeistation Papenburg, erläuterte die Auswirkungen der Polizeireform in Niedersachsen für Papenburg, wie sie am 1.11.04 realisiert werden sollte.

Das Polizeikommissariat Papenburg gehörte dann zur Polizeidirektion Osnabrück. Flächenmäßig verdoppelte sich der Zuständigkeitsbereich auf 1031 qkm. Zu betreuen wären mit den Polizeistationen Dörpen, Esterwegen, Rhede, Sögel und Werlte 98.000 Einwohner. Dies sollte mit 100 Bediensteten geschehen. Mit veränderten Einsatzabläufen wollte man sicherstellen dass eine Interventionszeit von 10 Minuten gewährleistet würde. Es galt einen Spagat zwischen Präsens in der Fläche und zentralisierter Sachbearbeitung herzustellen.

Sorgen bereitete das unter Denkmalschutz stehende Gebäude. Seit einem dreiviertel Jahr musste ein Bauzaun zum Schutz gegen Steinschlag aufgestellt werden. Die notwendige Fassadenrenovierung und die Bekämpfung des Holzbockbefalls des Dachstuhls verzögerten sich wegen der hohen Kosten durch den Denkmalschutz und wegen der leeren Kassen der Landesregierung.

Die Veranstaltungen am 1. Mai an der Bülte und der Augustmarkt in diesem Jahr entwickelten sich laut Bernhard Lange, Leiter des Streifendienstes so, dass es bei beiden Veranstaltungen kein größeres polizeiliches Problem gab. Bewährt hatte sich die verstärkte Präsenz der Polizei. Die Veranstaltung war gekennzeichnet durch ein geordnetes Chaos. Bei der Veranstaltung am 1. Mai tauchte eher ein Verkehrsproblem auf, so dass man in Zukunft überlegte, die Straße an der Bülte zu sperren. Ebenso wie beim Augustmarkt tauchten keine verstärkten Jugendschutzprobleme auf. Beim Augustmarkt hätten sich die reduzierten Öffnungszeiten bewährt. Außerdem wurde die gemeinsame Kontrolle von Polizei und Ordnungsamt verbessert.

Roland Seemann schlug vor, solche gemeinsamen Kontrollen auch während des Jahres auf das Stadtgebiet auszudehnen, zum Beispiel bei der Kontrolle des Stadtparks oder des Volksparks.

Besuch bei der Polizei: Peter Behrens (SPD-Ortsvereinsvorsitzender), Anne Schnieders, Roland Seemann, Anton Schippmann, Barbara Gruner (alle SPD-Ratsmitglieder), Gottfried Sandmann (Ratsmitglied für die GRÜNEN), Thomas Weber (Leiter der Polizeistation Papenburg), Hartmut Bugiel, Wilhelm Kröger (beide SPD-Ratsherren), Bernhard Lange (Leiter des Streifendienstes) (von links nach rechts)

Wiederbesetzung der hauptamtlichen Frauenbeauftragten

Mit Verärgerung reagierten die Ratsmitglieder von SPD und GRÜNEN darauf, dass immer noch keine Anstrengungen von Seiten der Stadt Papenburg unternommen wurden, die Stelle der Frauenbeauftragten neu zu besetzen. Für Papenburg war die Besetzung einer halben Stelle als Frauenbeauftragte gesetzlich vorgeschrieben. Sie verlangten eine schnellst mögliche Wiederbesetzung der Stelle.

Die Aufgaben der Gleichstellung waren so vielfältig, dass sie nur mit einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten gelöst werden könnten.

Der Rechenschaftsbericht der ehemaligen Frauenbeauftragten Birgit Berrsen machte deutlich, dass für eine Frauenbeauftragte weiter großer Handlungsbedarf bestand. So müssten in der Zukunft Netzwerke geschaffen werden, um das Thema der Gleichberechtigung voranzutreiben und Benachteiligung von Frauen aufzuheben.

Aufklärung zu weiterenSchritten der Haushaltskonsolidierung

Nach den Ankündigungen des neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden, den Sparkurs für das Jahr 2005 fortzusetzen, forderten SPD und GRÜNE Klarheit über weitere Kürzungsabsichten. Die bisherige Streichliste der CDU war nach Meinung der SPD reine Augenwischerei, mit der die Probleme nicht gelöst, sondern nur in die Zukunft verschoben würden.

Im Mittelpunkt der kommenden Haushaltsberatungen müsste eine gerechtere Verteilung der Lasten stehen. Voraussetzung für die Verbesserung der Finanzsituation wäre die Anhebung der Gewerbesteuer. Darüber hinaus bekräftigte die Fraktionsgemeinschaft ihre Forderung nach einem Finanzausschuss.